



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die

Die politische Lage in Deutschland **Europa ist bei der Bundeskanzlerin in guten Händen** **Opposition schaltet bereits auf Wahlkampfmodus**

Hinter uns liegt die viertletzte Sitzungswoche der Wahlperiode. Wir haben wichtige Entscheidungen bei der Bankenregulierung getroffen, beschäftigten uns mit der Neuausrichtung der Bundeswehr, brachten das Gesetz für die Suche nach einem atomaren Endlager auf den Weg, beschlossen Fortsetzung der erfolgreichen Mission zur Pirateriebekämpfung vor den Küsten Somalias und vereinfachten die Kinder- und Jugendhilfe – kurz: Wir arbeiten weiter an den kleinen und großen Themen, um Deutschland und seine Menschen weiter voranzubringen.

Schon vor Ende der Wahlperiode ist klar: Es waren vier gute Jahre für unser Land. Unser Ziel ist und bleibt, dass auch Europa nach der Krise besser dastehen soll als zuvor. Deswegen arbeiten wir weiter unbeirrt an der Verbesserung und Durchsetzung der Regeln für Wachstum, Beschäftigung und Stabilität in Europa. Wir wollen nicht, dass sich Fehler der Vergangenheit wiederholen. Wir wollen auch nicht, dass Schulden der Vergangenheit in Europa vergemeinschaftet werden. Und wir wissen, dass Europa mehr ist als nur eine Wirtschafts- und Währungsunion. Es ist ein Kontinent der Freiheit, der Demokratie, des Rechts – also eine Wertegemeinschaft, die man nicht um kurzfristiger politischer Vorteile willen aufs Spiel setzen darf. Europa ist bei unserer Bundeskanzlerin in guten Händen!

Während wir weiter mit Augenmaß für unser Land arbeiten, schaltet die Opposition bereits auf Wahlkampfmodus und überbietet sich mit immer neuen Plänen zur Volkerziehung - und verwirrt so das Land. So will der Chef der SPD Tempo 120 auf Autobahnen, seine Partei hatte aber Tempo 130 beschlossen und ihr Kanzlerkandidat hält das alles nicht für sinnvoll. Die Grünen setzen noch eins drauf und wollen flächendeckend Tempo 80 auf Landstraßen und Tempo 30 in der Stadt. Dabei ist nur eins klar: So kommt unser Land nicht voran.

Auch die Wahrheit über die rot-grünen Steuerpläne kommt Stück für Stück ans Licht. Immer mehr Experten und Bürger rechnen nach und merken, dass bei weitem nicht nur Spitzenverdiener und Reiche zur Kasse gebeten werden sollen. Die Belastungen würden weite Teile der Mittelschicht treffen, nicht einmal Familien würden verschont. Wer eine Vermögensteuer einführen will, muss zuerst einmal alle 82 Millionen Bundesbürger umfassend auf Vermögen überprüfen. Auch das verschweigen SPD und Grüne. Mit Neid und Misgunst spalten sie die Gesellschaft. Wir wollen sie dagegen zusammenführen. So werden die Unterschiede zwischen Rot-Grün und der Union langsam immer klarer. Und die Bürger können sich ein immer schärferes Bild davon machen, wer besser für unser Land ist!

Neu ausgerichtete Bundeswehr für verantwortungsbereites Deutschland.

Mit der Neuausrichtung der Bundeswehr belegen wir erneut Gestaltungswillen und Gestaltungsfähigkeit. Wir als Union sind seit jeher als Anwalt unserer Bundeswehr. Das

gilt gerade auch für Niedersachsen, in dem die Bundeswehr mit vielen Standorten und den meisten stationierten Soldaten traditionell besonders stark verwurzelt ist.

Im Mittelpunkt der Umgestaltung stehen die Sicherheit und die Bedürfnisse unserer Soldaten und des zivilen Personals der Streitkräfte. Die Neuausrichtung folgt dabei überzeugenden Zielen. Sie sorgt als Reform an Haupt und Gliedern der Streitkräfte dafür, dass Deutschland trotz demographischem Umbruch, dem dadurch bedingten Aussetzen der Wehrpflicht und finanziellen Herausforderungen auch in Zukunft sicherheitspolitisch handlungsfähig und ein verlässlicher Bündnispartner ist.

Denn die Welt von morgen wird nicht von selbst zu dem sicheren Ort werden, den wir alle uns nach dem Ende des kalten Krieges erhofft hatten. Aufstrebende Nationen gewinnen an Gewicht und suchen als neue Akteure ihren Platz in der Welt. Ganze Regionen, wie der Nahe Osten und Nordafrika, durchleben Umbrüche, die sich vielfach gewaltsam abspielen. Neuartige Bedrohungen wie Cyberangriffe und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen betreffen auch das scheinbar sichere Europa.

Wir werden die Bundeswehr entschlossen und zielgerichtet so ausstatten und anpassen, dass sie diesen Gefahren begegnen kann. Das ist eine schwere und langfristige Aufgabe, die Ausdauer verlangt. Doch die Bundeswehr ist bei diesem Langstreckenlauf auf gutem Wege. Wir werden als Union dafür sorgen, dass dies so bleibt. Wir danken Bundesverteidigungsminister de Maizière für seine exzellente und nicht einfache Arbeit.

Durchbruch für die Endlagersuche.

In dieser Woche haben wir uns auch mit einem umwelt- und energiepolitischen Meilenstein, dem Standortauswahlgesetz, beschäftigt. Möglich wurde dieser Durchbruch, der endlich Bewegung für die Festlegung eines Endlagers für radioaktive Abfälle aus Kernkraftwerken aus Deutschland bringt, durch eine historische Einigung. Bund und Länder haben unter der Leitung von Bundesumweltminister Altmaier die Grundlage für eine an der Sache orientierte Lösung gelegt. Mit dem Gesetz wird daher nicht nur die generationsübergreifende Aufgabe der sicheren und dauerhaften Lagerung der Abfälle angegangen, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Aussöhnung erreicht. Wir danken Bundesminister Altmaier für seine herausragende Arbeit.

Wichtige Entscheidungen innerhalb des Auswahlverfahrens werden als Gesetz beschlossen. Das betrifft besonders die Frage der Erkundung von einzelnen Standorten. Auch die Entscheidung über den endgültigen Standort wird per Gesetz getroffen. Es gilt das Prinzip der „weißen Landkarte“, d.h.: Die Suche ist ergebnisoffen, ohne Vorfestlegungen oder Vorab-Ausschluss bestimmter Standorte. Nach dem Auswahlverfahren, das bis spätestens 2031 abgeschlossen sein soll, kann der Bau des Endlagers starten.

Die Woche im Parlament

Neuausrichtung der Bundeswehr - Stand und Perspektiven.

In einer Regierungserklärung legte Bundesverteidigungsminister de Maizière die Fortschritte bei der Neuausrichtung der Bundeswehr dar.

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/61/EU über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM-Umsetzungsgesetz - AIFM-UmsG). Wir haben die nationale Umsetzung der EU-Richtlinie über Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM) beschlossen, zu denen zum Beispiel Hedgefonds, Immobilienfonds und Private Equity Fonds gehören. Mit diesem Gesetz schaffen wir ein Kapitalanlagegesetzbuch als in sich geschlossenes Regelwerk für alle Investmentfonds und ihre Manager. Zudem passen wir die Regelungen für offene Immobilienfonds zwecks dauerhafter Stabilisierung dieser Anlageform an.

Gesetz zur Anpassung des Investmentsteuergesetzes und anderer Gesetze an das AIFM-Umsetzungsgesetz (AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz - AIFM-StAnpG). In 2./3. Lesung wurden verschiedene steuerrechtliche Regelungen insbesondere im Investmentbereich an das Kapitalanlagegesetzbuch angepasst. Zudem setzen wir das FATCA-Abkommen (Foreign Account Tax Compliance Act) mit den USA um, das dem automatischen Informationsaustausch zur Bekämpfung von Steuerverhinderung in den USA dient.

Viertes Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze. In 2./3. Lesung beschlossen wir die Reform des Verkehrszentralregisters. Es wird nun einfacher, transparenter und verhältnismäßiger gestaltet. Wir tragen u.a. Sorge dafür, dass Eintragungen auf verkehrssicherheitsrelevante Verstöße beschränkt werden. Mit einem neuen Bewertungssystem und den neuen, dem Stand des Wissens entsprechenden Fahrzeugscheinverfahren verbessern wir die Verkehrssicherheit. Wie bisher ist es möglich, in Fahrzeugscheinverfahren zu einer Verringerung von Punkten im Zentralregister beizutragen.

Gesetz zur Verwaltungsvereinfachung in der Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendhilfevereinfachungsgesetz - KJVVG). Das in 2./3. Lesung entschiedene Gesetz ergänzt die eigenständige Jugendpolitik der Bundesregierung sowie die Initiative „Allianz der Jugend“ und baut auf dem 14. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung auf. So werden etwa die Regelungen zur Kostenheranziehung für stationäre oder teilstationäre Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe angepasst. Ebenfalls aufgegriffen wird der Umgang des Kindes mit dem leiblichen, nicht rechtlichen Vater.

Gesetz zur Übertragung der Zuständigkeiten der Länder im Bereich der Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung nach dem Dritten Teil des Soldatenversorgungsgesetzes auf den Bund. In 2./3. Lesung beschlossen wir die Übertragung der Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung von den Ländern auf den Bund. Wir entsprechen damit dem Ziel, für die Betroffenen eine „Versorgung aus einer Hand“ zu schaffen. So können etwa lange Bearbeitungszeiten dauerhaft vermieden werden.

Gesetz über die Bundesförderung der Investitionen in den Ersatz der Schienenwege der öffentlichen nicht bundeseigenen Eisenbahnen im Schienengüterfernverkehrsnetz. Das in 2./3. Lesung verabschiedete Gesetz versetzt den Bund in die Lage, Investitionen in den Ersatz der Schienenwege der nicht bundeseigenen öffentlichen Eisenbahnen zu fördern. Bisher ist seine Förderung auf die Schienenwege der bundeseigenen Eisenbahnen beschränkt.

Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 [Biozide]. In 2./3. Lesung überführten wir die so genannte Biozid-Richtlinie, die eine grundlegende Neuregelung des europaweiten Umgangs mit Bioziden vorsieht, in deutsches Recht. Insbesondere betroffen ist hierbei die Zulassung von neuen Stoffen. Einige besonders gefährliche Stoffe sind grundsätzlich nicht mehr genehmigungsfähig. Die Richtlinie bedeutet einen großen Zugewinn im Umwelt- und Verbraucherschutz.

Gesetz zur Stärkung der Verfahrensrechte von Beschuldigten im Strafverfahren. Wir haben in 2./3. Lesung die entsprechenden EU-Richtlinien zu Dolmetscherleistungen und Übersetzungen in Strafverfahren umgesetzt. Hierzu ist eine geringfügige Veränderung des deutschen Rechtsrahmens bei den Vorschriften der Strafprozessordnung nötig.

Nukleare Entsorgung im Konsens regeln. Bundesumweltminister Altmaier erläuterte in einer Regierungserklärung den von ihm vorgelegten Gesetzentwurf, der nun eine von allen Seiten getragene Suche nach einem Endlager für radioaktive Stoffe erlaubt.

Gesetz zum Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank. Durch die Verordnung der EU zum gemeinschaftlichen Bankenaufsichtsmechanismus (SSM - Single Supervisory Mechanism) werden besondere Aufgaben der Bankenaufsicht von der nationalen Ebene auf die Europäische Zentralbank verlagert, um einheitliche Aufsichtsstandards in allen teilnehmenden Mitgliedstaaten zu schaffen. Wir sind in die 1. Lesung des nationalen Gesetzes gegangen, mit dem wir die Voraussetzungen für eine förmliche Zustimmung des deutschen Vertreters im Rat schaffen.

Daten und Fakten

Euro hilft Deutschland mehr als die D-Mark. Eine aktuelle Berechnung der Prognos AG im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung hat zum Ergebnis, dass Beschäftigung und Wirtschaftswachstum hierzulande in erheblichem Maße vom Euro profitieren. Eine Rückkehr zur D-Mark wäre demnach wirtschaftlich schädlich. Ohne den Euro, d. h. im Fall der Rückkehr zu einer eigenen Währung, würde laut Prognos AG das Wachstum in Deutschland jedes Jahr rund 0,5 Prozentpunkte geringer ausfallen. Werden die Wachstumsvorteile der Euro-Mitgliedschaft zwischen 2013 und 2025 hingegen aufaddiert, ergibt sich daraus für Deutschland ein Gewinn in Höhe von fast 1,2 Bio. Euro! Selbst wenn Deutschland einen Großteil seiner Forderungen abschreiben müsste, die es aufgrund der verschiedenen Euro-Rettungsmaßnahmen gegenüber den stark verschuldeten Staaten Südeuropas hat, überwiegen die wirtschaftlichen Vorteile aus der Währungsunion also nach wie vor. Nicht zuletzt trägt dazu die Stabilität des Euro im Vergleich zur D-Mark bei: Während die Verbraucherpreise zu D-Mark-Zeiten um durchschnittlich 2,7% im Jahr stiegen, liegt die durchschnittliche Teuerungsrate seit der Euro-Einführung 1999 bei 1,5%.

(Quelle: Bertelsmann Stiftung / Statistisches Bundesamt)

Konjunktur nimmt an Fahrt auf. Die deutsche Wirtschaft wird nach einer Wachstumsdelle im vergangenen Winterhalbjahr im Jahresdurchschnitt 2013 um 0,75% und 2014 um gut 1,5% wachsen. So lautet die aktuelle Konjunkturprognose des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), die von der Frühjahrsumfrage des Instituts zusätzlich untermauert wird. Der Frühjahrsumfrage zufolge beurteilen die rund 3.000 befragten Unternehmen in Deutschland ihre aktuelle Lage besser als noch im Herbst 2012. Ebenso gehen 37% der befragten Unternehmen für das Jahr 2013 von einer steigenden Produktion aus, während nur 18% eine geringere Produktionsleistung erwarten. Da sich die Exportperspektiven der deutschen Wirtschaft seit dem Herbst 2012 verbessert haben, rechnen inzwischen 28% der Unternehmen für den weiteren Jahresverlauf mit steigenden Ausfuhren. Durch die gute Konjunktur planen weiterhin auch 29% der Unternehmen, im laufenden Jahr zusätzliche Mitarbeiter einzustellen. Nur 19% gehen von einem Personalabbau aus. Somit werden in diesem Jahr voraussichtlich 270.000 neue Arbeitsplätze entstehen.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:

Michael Grosse-Brömer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 79498
Fax: 030 - 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de